

Städtepartnerschaften im Visier

Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit – Teil 3

Von Helmut Müller-Enbergs und Bernhard Pehl

Ingolstadt – Neben Wirtschaft und Militär interessierte sich das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) auch für den Tourismus, Kulturkontakte, Städtepartnerschaften und die Werbeaktivitäten der Stadt. Auch die religiösen und gesellschaftlichen Verbindungen nach Westdeutschland wurden vom MfS mit Argusaugen überwacht, wobei kirchliche Institutionen eine zentrale Rolle spielten.

So wertete das Ministerium für Staatssicherheit im Rahmen der Spionageabwehr die Veranstaltung „Aktion 100 000 Partnerschaften West-Ost“ am 22. Juni 1985 aus. Die Geheimpolizei sammelte Daten über das Bestreben von Bundesbürgern für eine Städtepartnerschaft zwischen Plauen und Ingolstadt. In den späten 1980er-Jahren untersuchte die Bezirksverwaltung Dresden (Kreisdienststelle Zittau) die Bemühungen zur Herstellung von deutsch-deutschen Städtepartnerschaften. In diesem Kontext wurden auch behördliche Aktivitäten und Korrespondenzen geprüft, die eine engere Verbindung mit Ingolstadt zum Ziel hatten. Selbst Stadtpläne, Hotelverzeichnisse, Postkarten und Werbematerial der Stadt wurden von der Abteilung XV der Bezirksverwaltung Gera zu Spionagezwecken ausgewertet.

Auch Kirchen waren im Visier. Von 1960 und 1987 wurde in einer kirchenpolitischen Sammelakte der Hauptabteilung XX/4 über katholische Einrichtungen in der Bundesrepublik sogar der Ingolstädter Messbund als zu überwachende Organisation gelistet. Die Bezirksverwaltung Schwerin führte eine Akte gegen eine evangelische Propst in Wittenförden. Ihr wurde vorgeworfen, sich kritisch gegen den DDR-Wehrkundeunterricht zu äußern. In diesem Zusammenhang fing das MfS Berichte über eine intensive, offizielle

Partnerschaftsbeziehung der DDR-Gemeinde zur westdeutschen evangelischen Kirchengemeinde in Ingolstadt ab. Um diesen Einfluss zu kontrollieren, setzte der Nachrichtendienst Postkontrollen und Telefonüberwachungen ein.

Weitere Aktivitäten der Staatssicherheit betrafen in der ersten Hälfte der 80er-Jahre die umstrittene zeitgeschichtliche Forschungsstelle (ZFI). Am 6. März 1989 registrierte die MfS-Bezirksverwaltung Leipzig zudem eine offizielle Einladung dieser Forschungsstelle zu einem Vor-

trag, welche als „Regimeunterlage“ archiviert wurde. Am 6. November 1988 zeichnete der Nachrichtendienst die ARD-Nachrichtensendung „Wochenspiegel“ auf. Darin befand sich ein kritischer Fernsehbericht über die prekäre Wohnsituation von Aussiedlern aus Osteuropa, die zu diesem Zeitpunkt in Ingolstadt untergebracht waren.

Doch erstreckte sich die Tätigkeit des MfS auch auf Rechtshilfe und die Aufarbeitung von NS-Kriegsverbrechen. Die MfS-Spezialabteilung HA IX/11 bearbeitete ein

offizielles Rechtshilfeersuchen des Oberstaatsanwalts beim Landgericht München II vom 8. Juli 1968. Gegenstand war die Erschießung des Wehrmacht-Unteroffiziers Friedrich Reinlein am 10. Februar 1945. Dieser war in den letzten Kriegstagen am Auwaldsee wegen angeblicher „Wehrkraftsetzungen“ durch ein nationalsozialistisches Kriegsgericht hingerichtet worden. Das MfS durchsuchte daraufhin erfolglos seine Zentralarchive nach den damaligen Prozess- und Vollstreckungsakten aus Ingolstadt. **DK**



Die Geheimpolizei sammelte auch Daten über das Bestreben von Bundesbürgern für eine Städtepartnerschaft zwischen Plauen – hier der Altmarkt mit dem Alten Rathaus und dem Turm des Neuen Rathauses – und Ingolstadt.
Foto: Wolfgang Schmidt, Imago

SERIE

Ob Audi, Raffinerien, Reisegruppen oder Postverkehr: Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR hatte bis Ende der 80er-Jahre größtes Interesse an Ingolstadt und der Region. Der DK beleuchtet in einer Serie die vielfältigen Aktivitäten des Nachrichtendienstes, der mit IM „Wolf“ oder IM „Jupp“ auch Spione in Ingolstadt platzieren konnte. Alle Leserinnen und Leser, die selber Erfahrungen mit dem Ministerium für Staatssicherheit gemacht haben, die Hinweise geben können oder deren Verwandte oder Bekannte betroffen waren, werden gebeten, ihre Erlebnisse dem DONAUKURIER

zu schildern. Kontaktaufnahme bitte unter ingolstadt@donaukurier.de.

Zum Mitautor: Helmut Müller-Enbergs hat von 1992 bis 2014 Grundlagenforschung in den Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der früheren DDR betrieben und gilt als einer der besten Kenner der Materie. Bis 2021 war er Leiter der Spionageabwehr des Berliner Verfassungsschutzes. Seit 2008 ist er Professor für Nachrichtendienstgeschichte in Dänemark, Berlin (Gastwissenschaftler) und Wien. Müller-Enbergs hat zahlreiche Bücher veröffentlicht.

peh